

Lehrermaterial Lösungen als Folien

Konfliktbeispiele

Ein Atomkraftwerk soll gebaut werden – Wyhl 1973-1977

Ausgangslage	Zwischenerfolg	anhaltender Protest	staatliche Reaktionen	endgültiger Erfolg
<p>Juli 1973: offizielle Ankündigung, dass in der Gemeinde Wyhl am Kaiserstuhl ein Atomkraftwerk errichtet werden soll. Bürger*inneninitiativen werden gegründet, Einsprüche und Klagen vorbereitet. Proteste von Atomkraftgegner*innen, darunter auch Bauern und Winzer folgen unmittelbar. Französische und deutsche Atomkraftgegner*innen solidarisieren sich. Januar 1975: Das Wirtschaftsministerium genehmigt den Bau; Februar 1975: Baubeginn, Gegner*innen stellen sich in letzter Sekunde vor die Baumaschinen.</p>	<p>Protestaktionen bringen Baumaschinen zum Stillstand, der Bauplatz wird besetzt. Wenige Tage später räumt die Polizei den Platz mit Hilfe von Hundestaffeln und Wasserwerfern. Das Gelände wird mit Panzerdraht eingezäunt und gesichert.</p>	<p>Täglich protestieren tausende am Stacheldraht. Ende Februar überwinden Aktivisten im Rahmen einer Großkundgebung mit bloßen Händen die Barrikaden. Die Polizei verlässt das Gelände, der Bauplatz wird besetzt, ein Freundschaftshaus errichtet und die „Volkshochschule Wyhler Wald“ gegründet.</p>	<p>Schadensersatzforderungen, Berufsbehinderungen, Stromabschaltungen, Telefonüberwachungen, Anzeigenkampagnen – Aktivist*innen und sympathisierende Bevölkerung sollen damit eingeschüchtert werden. Im Sommer 1975 gibt es erste Kontakte zwischen Landesregierung und Atomkraftgegner*innen. Im November verlassen die Bürgerinitiativen den Platz, der weiterhin von ihnen, der Landesregierung und dem Bauherrn bewacht wird.</p>	<p>Im April 1977 entscheidet das Freiburger Gericht, dass der Kraftwerksbau wegen eines fehlenden Berstschutzes unzulässig ist. Weitere politische und gerichtliche Verhandlungen folgen. Das Atomkraftwerk in Wyhl wird nie gebaut. Die Proteste in Wyhl werden bis heute als Ursprung der deutschen Anti-Atomkraftbewegung gesehen.</p>

Ein Grenzkonflikt in Südamerika – Peru/Ecuador 1995-1998

Ausgangslage	Veränderung der Rahmenbedingungen	Politischer Druck und Konfliktanalyse	Konfliktbearbeitung	Nachhaltige Konflikttransformation
<p>Seit der Unabhängigkeit von Spanien kommt es zwischen Ecuador und Peru immer wieder zu Grenzkonflikten im relativ unzugänglichen, aber wirtschaftlich interessanten Amazonasgebiet. Zur Grenzziehung werden Flüsse herangezogen, die jedoch ihren Lauf immer wieder ändern. 1995 stehen in Peru Präsidentschaftswahlen an, bei denen sich der Präsident Alberto Fujimori erneut wählen lassen will. In Ecuador ist der Präsident Sixto Durán Ballén aufgrund der schlechten Wirtschaftslage unbeliebt. Ende Januar beginnen beide Länder mit der Mobilisierung ihrer Truppen. Am 26. Januar verhindern ecuadorianische Truppen die Errichtung eines neuen Hubschrauberlandesplatzes durch Peru in dem umstrittenen Gebiet. Eine Großoffensive Perus wird zunächst von der ecuadorianischen Luftwaffe zurück geschlagen, aber am 13. Februar kann Peru die ecuadorianische Stadt Tiwinza einnehmen. Der Friedensvertrag vom 28. Februar beendet jedoch nicht den Konflikt, weil beide Seiten sich zum Sieger erklären.</p>	<p>Nach Ende des Kalten Krieges und mit Beginn der Globalisierung steigt das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit. Die regionale Integration wird gefördert, z.B. auch durch gemeinsame Wirtschaftszonen (Vorbild EU).</p>	<p>Brasilien bietet sich als Vermittler an, da es an einer regionalen Zusammenarbeit in Südamerika interessiert ist. Es stellt sich heraus, dass die umkämpfte Region in beiden Ländern wirtschaftlich am schwächsten entwickelt ist. Gleichzeitig ist sie Heimat indigener Völker und einer großen Artenvielfalt.</p>	<p>Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung wird als informeller Vermittler hinzu gezogen. Er analysiert mit den Beteiligten die Hintergründe des Konflikts und bringt eine neue kreative Idee in die Verhandlungen ein.</p>	<p>Galtung schlägt vor, in dem umstrittenen Gebiet einen binationalen Natur- und Friedenspark einzurichten. Eine Ecuadorianisch-Peruanische Nachbarschaftskommission plant die Naturschutzgebiete und verwaltet sie gemeinsam. 1998 wird in Brasilia ein Friedensvertrag unterzeichnet. Auf ecuadorianischer Seite erhält das indigene Volk der Shuar ein eigenes Territorium.</p>

Rassentrennung trotz Demokratie – USA in den 50er Jahren

Ausgangslage	Ziviler Ungehorsam	Bus-Boycott	Protestmarsch	anhaltende Diskriminierung/ anhaltender Protest
<p>Die Verfassung der USA von 1787 garantiert als erste schriftliche Konstitution die Bürgerrechte – aber nicht für alle. Die afroamerikanische Minderheit ist zwar formal gleich gestellt, wird aber getrennt behandelt. Es gibt für Afroamerikaner*innen eigene Schulen, teilweise eigene öffentliche Toiletten und sie haben oft schlechter bezahlte Jobs. In Bussen gibt es vorne Sitze für Weiße, die oft leer sind und hinten Plätze für Schwarzen, die oft überfüllt sind. In der Mitte gibt es eine Zone, die von Schwarzen besetzt werden dürfen, solange kein Weißer Anspruch darauf erhebt.</p> <p>Am 1. Dezember 1955 sitzt die Afroamerikanerin Rosa Parks auf dem Heimweg von ihrer Arbeit auf solch einem Platz. Plötzlich steigt ein weiterer weißer Fahrgast zu.</p>	<p>Der Fahrgast verlangt, dass die afroamerikanischen Fahrgäste die ganze Reihe räumen. Alle tun es – bis auf Rosa Parks. Der Busfahrer ruft die Polizei. Rosa Parks wird verhaftet und zu einer Geldstrafe verurteilt.</p>	<p>Angeregt durch diese Verhaftung, organisiert der damals noch recht unbekannt Baptistenprediger Martin Luther King den Montgomery-Bus-Boycott. Wirtschaftliche Verluste und öffentlicher Druck zwingen die Behörden, die Rassentrennung in Bussen und Bahnen in der gesamten USA aufzuheben.</p>	<p>1965 starten 600 Menschen in Selma (Alabama) einen Marsch in die Hauptstadt Montgomery, um für Afroamerikaner*innen die Registrierung als Wähler*innen zu fordern. Die Polizei greift die Teilnehmenden an und verletzt Dutzende. Auch der zweite Marsch scheitert. Beim dritten Marsch spricht M.L. King in Montgomery vor 25.000 Menschen. Fünf Monate später unterschreibt Präsident Johnson den Voting Rights Act, der die Registrierungsprobleme beseitigt.</p>	<p>Im Januar 2009 wird Barack Obama als erster afroamerikanischer Präsident der USA vereidigt. Trotzdem beklagen sich noch viele Afroamerikaner*innen, dass am Arbeitsplatz, von der Polizei oder sogar vor Gericht ungerecht behandelt werden.</p>

Eine Mauer wird gebaut – Israel/Palästina 2002

Ausgangslage	Ziviler Ungehorsam	Internationale Aufmerksamkeit	Gerichtsurteile	aktuelle Lage
<p>Das palästinensische Dorf Bil'in hat 1.800 Einwohner und liegt 12 km westlich von Ramallah im Westjordanland/Palästina. Im Jahr 2002 beginnt Israel mit dem Bau einer Mauer rund um das Westjordanland. Bil'in liegt 4 km von der eigentlichen Grenze zwischen Israel und der Westbank, dennoch wurde auf dem Gebiet Teile dieser Mauer und eine israelische Siedlung gebaut. Im Januar 2005 beginnen die Dorfbewohner*innen mit einer wöchentlichen Mahnwache aus Protest gegen die Mauer und die Siedlung. Das Militär hat den Auftrag, die Mauer zu bewachen und ist vor Ort.</p>	<p>Organisierte Protestmärsche der Bewohner*innen von Bil'in zur Mauer, um Bau zu unterbrechen bzw. gebaute Teile der Mauer abzubauen. Das Militär versucht Demonstrant*innen abzuhalten und die Demonstration aufzulösen. Menschen stellen sich ihnen vor allem gewaltfrei entgegen.</p>	<p>Protestaktionen ziehen zunächst nationale, dann internationale Aufmerksamkeit auf sich, auch durch die Unterstützung prominenten Menschen (u.a. Ex-Präsident der USA Jimmy Carter). Viele zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit erklären und üben direkte Solidarität mit den Menschen von Bil'in. Zwischen 2005 und 2011 entsteht ein international ausgezeichneter Dokumentarfilm „5 Broken Cameras“ (veröffentlicht 2012).</p>	<p>2004: Der Internationale Strafgerichtshof erklärt, dass die Mauer gegen internationales Recht verstößt. 2007: Das höchste Gericht Israels entscheidet, dass der Verlauf der Mauer zugunsten Bil'ins geändert werden muss.</p>	<p>Gewaltfreier Widerstand gegen Vereinnahmung des Landes hält weiter an. Israelische Regierung ist weiter angewiesen, den Streckenverlauf der Mauer zu ändern – bisher ohne Umsetzung...</p>

Ein festgefahrener Bürgerkrieg – Liberia 2003

Ausgangslage	Massenproteste	Verhandlungen	Ende des Krieges	Aufarbeitung und Folgen
<p>In 15 Jahren Bürgerkrieg in Liberia (mit Unterbrechungen), der eng in Verbindung mit dem Bürgerkrieg im benachbarten Sierra Leone steht, werden von verschiedenen Kriegsparteien schwerste Kriegsverbrechen begangen. Warlords finanzieren den Krieg auch durch den Abbau und Handel mit „Blutdiamanten“.</p>	<p>Eine Bewegung von christlichen und muslimischen Frauen protestiert mit Märschen, Sitzstreiks und anderen, meist schweigenden Aktionen und in weißen T-Shirts gegen die Kriegsgewalt, insbesondere gegen die Zivilbevölkerung. Die Proteste finden immer mehr Anhänger*innen. Der Protest gegen den jahrzehntelangen Bürgerkrieg wird zur Massenbewegung, u.a. durch tägliches Singen auf dem Fischmarkt.</p>	<p>Die Frauenbewegung unter der Führung von Leymah Gbowee und Ellen Sirleaf Johnson bringen Präsident Charles Taylor und andere Warlords an den Verhandlungstisch.</p>	<p>Aktivist*innen umzingeln 2003 das Haus der verhandelnden Männer in Accra, Ghana und drohen, sie erst wieder herauszulassen, wenn sie ein Friedensabkommen vereinbart haben – das faktische Ende des Krieges.</p> <p>Präsident Taylor tritt zurück und geht ins Exil nach Nigeria. Eine Übergangsregierung aus verschiedenen Gruppierungen wird gebildet und eine UN-Friedensmission nach Liberia entsandt.</p>	<p>2005 nimmt die liberianische Wahrheits- und Versöhnungskommission ihre Arbeit auf.</p> <p>2006 mobilisiert die christliche-muslimische Frauenbewegung gegen den Bürgerkrieg erfolgreich für die Wahl von Ellen Sirleaf Johnson zur Präsidentin Liberias. Sie ist die erste Frau im Amt eines Präsidenten auf dem afrikanischen Kontinent.</p> <p>2011 bekommen Leymah Gbowee und Ellen Sirleaf Johnson den Friedensnobelpreis für ihr Engagement zur Beendigung des Bürgerkriegs.</p>

Die Lage in griechischen Flüchtlingslagern – Landau 2020

Ausgangslage	Solidarisierung	Gegenwind	Wachsende Aufmerksamkeit	Die große Politik
<p>Die Lage der geflüchteten Menschen in griechischen Flüchtlingslagern, z.B. Moria auf der Insel Lesbos, spitzt sich im Frühjahr 2020 zu. In den überfüllten Lagern ist es ohnehin schon schlecht um die hygienischen Verhältnisse bestellt, hinzu kommt nun das Risiko einer schnellen Verbreitung des Corona-Virus. In den Lagern auf den griechischen Inseln harren auch ca. 1.600 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln ist ebenfalls höchst prekär. 140 deutsche Städte, auch Landau, hatten Anfang 2020 erklärt, mehr Flüchtlinge aus der Seenotrettung im Mittelmeer aufnehmen zu wollen – die Bundesregierung lehnt das ab. Eine 17- und eine 18-jährige treten aus Protest in</p>	<p>Den Initiator*innen des Hungerstreiks in Landau, Clara Reis und Lovisa Matros, die sich „Coloured Rain“ nennen und Gandhi als ihr Vorbild sehen, schließen sich nach wenigen Tagen weitere junge Menschen im Alter von 18-21 Jahren im Hungerstreik an. Sie nehmen nur Wasser, Säfte und ab und zu Gemüsebrühe zu sich. Die Hungerstreikenden stehen in Kontakt mit Menschen in den Flüchtlingslagern und tauschen Videobotschaften aus. Sie fordern die Solidarität der Fridays-for-Future-Bewegung ein.</p>	<p>Die Aktivist*innen bekommen viel Zuspruch. Aber: Manche Passanten beschimpfen sie und bringen sie mit radikalen Gruppen in Verbindung. Eine Lokalpolitikerin nennt den Hungerstreik Erpressung, weil ja noch nicht alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft seien. Wieder andere kritisieren, dass die jungen Menschen unverantwortlich mit ihrer Gesundheit bzw. mit ihrem Leben umgehen. Auch Polizei und Ordnungsamt werden auf den Plan gerufen und verbieten das dauerhafte Aufstellen von Zelten bzw. eines Protestcamps auf dem Landauer Marktplatz.</p>	<p>Zunächst werden die regionalen Medien auf die Aktion aufmerksam, dann bundesweite. Lokal- und Regionalpolitiker*innen erklären sich solidarisch mit den Zielen, heißen ihre Methoden aber nicht gut. Die Aktivist*innen können ihre Botschaft einem großen Publikum vermitteln: So viele Menschen wie möglich aus den unhaltbaren Zustände der griechischen Lager herausholen, ein dauerhaftes Aufnahmeprogramm des Landes starten, Seenotrettung legalisieren, sofortige medizinische und sanitäre Hilfe vor Ort. Weitere zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter auch die evangelische und katholische Kirche unterstützen die Aktion.</p>	<p>Die Aktivist*innen organisieren einen landesweiten Protestmarsch, von Landau über Speyer, Ludwigshafen, Worms, Oppenheim bis in die Landeshauptstadt Mainz. Die Übergabe ihrer Forderungen erfolgt öffentlichkeitswirksam an die für Migration zuständige Landesministerin. Der Protestmarsch wird als Sternmarsch organisiert, bei dem Unterstützer*innen aus weiteren Orten in Rheinland-Pfalz hinzukommen. Auf ihrem Weg suchen die Aktivist*innen das Gespräch mit der Bevölkerung, sammeln Unterschriften, halten Mahnwachen ab, organisieren Menschenketten.</p>

Methoden der Aktiven Gewaltfreiheit

Methoden des Protests und der Überredung

In unseren Beispielen:

- Protestmärsche
- Öffentliches Schweigen
- Symbolische Aktionen (T-Shirts)
- Öffentliches Singen
- Proteste an symbolischen Orten (Bauplatz AKS)

Methoden des Protests und der Überredung

Weitere Beispiele von Methoden:

- Öffentliche Kundgebungen (mit Reden)
- Demonstrationen
- Radio-, Fernsehsendungen
- Social Media
- Plakate, Wandzeitungen
- Straßentheater
- Flashmobs
- Etc.

Methoden der Nicht-Zusammenarbeit

In unseren Beispielen:

- Weigerung, sich an ungerechtes Gesetz zu halten (Weigerung, den Platz im Bus abzugeben)
- (Bus)Boycott

Methoden der Nicht-Zusammenarbeit

Weitere Beispiele von Methoden:

1. Soziale Nicht-Zusammenarbeit: Boykott von sportlichen Ereignissen, Schulstreik, „Zuhause-Bleiben“ u.a.
2. Wirtschaftliche Nicht-Zusammenarbeit: Boykott bestimmter Waren, Konsumstreik (überhaupt nicht einkaufen an bestimmten Tagen), Händlerboykott (keine Warenlieferung), langsam Arbeiten, Fehler machen, Arbeitsniederlegung in bestimmten Betrieben, Generalstreik, u.a.
3. Politische Nicht-Zusammenarbeit: Wahlboykott, Wehrdienstverweigerung, Desertation, internationale Isolation, Bruch der diplomatischen Beziehungen, Ausschluss aus internationalen Organisationen, u.a.

Methoden der Intervention

In unseren Beispielen:

- Verhandlungen (unter Zuziehung neutraler Vermittler)
- Klage vor Gericht/dem Internationalen Gerichtshof
- Sitzstreik
- Besetzung des AKW-Geländes
- Aufbau neuer Strukturen (Freundschaftshaus mit VHS, bi-nationaler Friedens- und Naturpark)
- Fasten und Hungerstreik (psychologischer Druck)

Methoden der Intervention

Weitere Beispiele von Methoden:

- Blockaden
- Alternative Märkte und Versorgungsstrukturen
- Alternative Kommunikationssysteme (Radio, Internet, Social Media)
- Parallele Regierung/Exilregierung
- Etc.

Die Szenario-Methode

- aus dem Ist-Zustand werden Möglichkeiten abgeleitet, wie die Zukunft sich entwickeln könnte
 - Positiv-Szenario: deutliche Verbesserungen
 - Trend-Szenario: aktuelle Politik setzt sich fort
 - Negativ-Szenario: Eskalation/Katastrophe

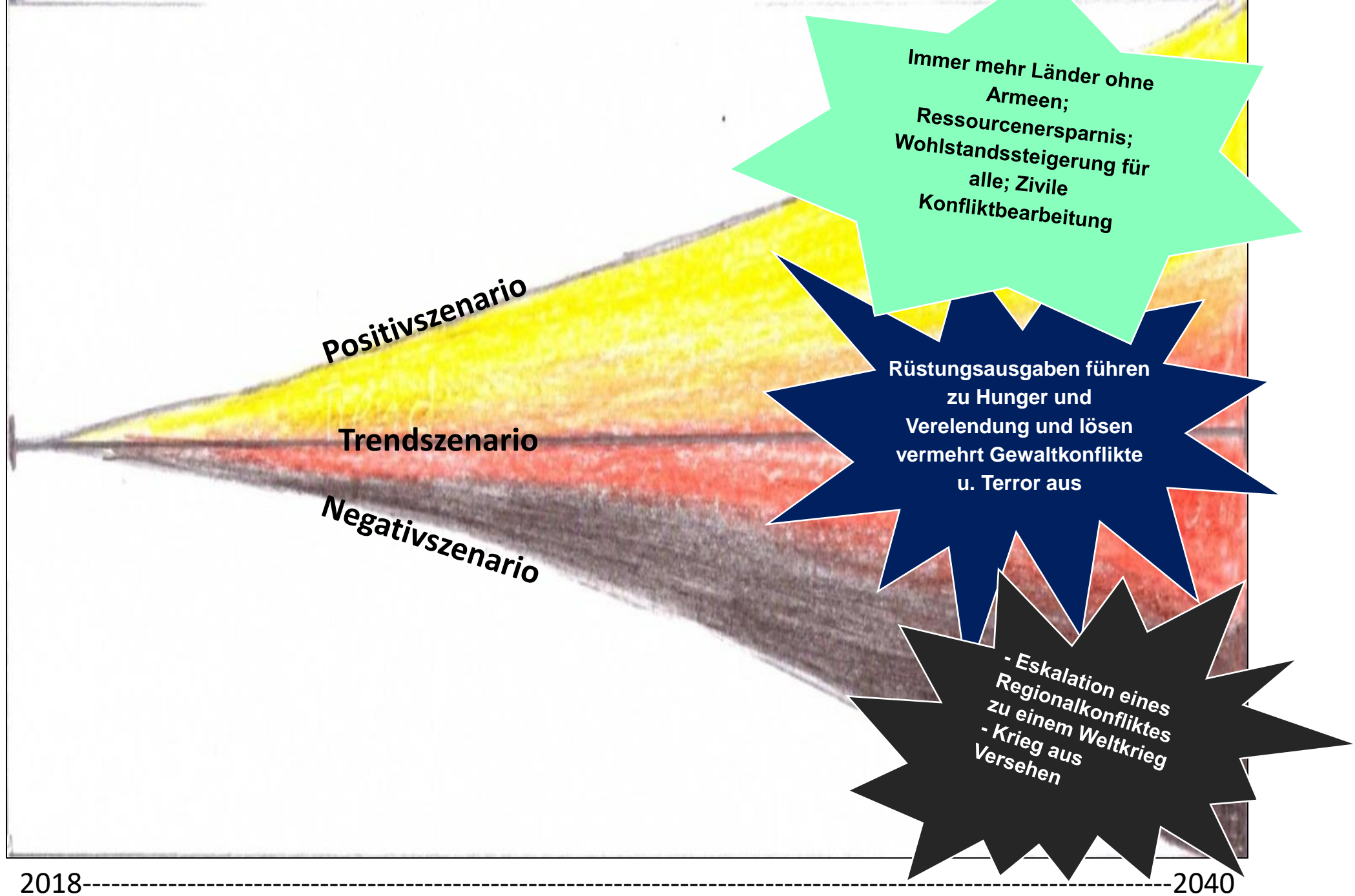


Diagramm:
Theodor Ziegler

Szenarien

<p>„Nachhaltige zivile Sicherheit“</p>	<p>Das Auswärtige Amt richtet ein Programm Zivile Konflikt-bearbeitung ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit entsendet weltweit unbewaffnete Friedensfachkräfte</p>	<p>Nicht-Regierungsorganisationen starten eine Kampagne für zivile Sicherheitspolitik. Papst Franziskus veröffentlicht die Enzyklika „Fructus Justitiae Pax“ (Klimaschutz, weltweite Gerechtigkeit und Frieden).</p>	<p>Der Bundestag beschließt den Umstieg auf zivile Sicherheitspolitik. Geld aus Militäretat unterstützt das UN-Welthungerprogramm und Klimaschutzmaßnahmen in besonders gefährdeten Staaten.</p>	<p>Erste Bundeswehr-Ausrüstungen werden an Internationales Technisches Hilfswerk übergeben. Auf Terroranschläge wird mit dem Ausbau sozialer Integrationsprogramme reagiert.</p>	<p>Rüstungsexporte werden verboten. Firmen stellen auf zivile Produktion von Ausrüstung für das Internationale Technische Hilfswerk um. Gewaltfreie Konfliktlösung wird verpflichtender Lehrinhalt an allen Schulen.</p>
<p>„Schleichende Militarisierung“</p>	<p>Deutschland investiert jährlich 42 Mrd. Euro in Militärausgaben. Die Bundesregierung beschließt Klimaschutzmaßnahmen, mit denen nach Expertenmeinung die Klimaziele nicht erreicht werden.</p>	<p>Der faire Handel wächst stetig an, bleibt jedoch in einer Parallelwirtschaft. Papst Franziskus veröffentlicht die Enzyklika „Fructus Justitiae Pax“, die jedoch politisch nicht beachtet wird.</p>	<p>Aufgrund von Ernteausfällen wegen des Klimawandels steigt die Zahl der weltweit Hungernden erstmals seit 2015 wieder an. Die Krisen und Kriege in Syrien und Irak bleiben ungelöst. Neue Flüchtlinge machen sich auf den Weg nach Europa.</p>	<p>Der Bundeswehretat wird auf 50 Mrd. Euro aufgestockt. Nach Terroranschlägen wird die Polizei militärähnlich ausgerüstet.</p>	<p>Deutschland kann seine Einnahmen durch Rüstungsexporte erneut steigern. Die NATO beschließt eine Erhöhung der Rüstungsausgaben. Russland befürchtet eine Ost-Erweiterung der NATO.</p>
<p>„Nahe am Abgrund“</p>	<p>US-Präsident Trump fordert die Verdoppelung der Militärausgaben Deutschlands. Die Verteidigungsministerin stimmt einer schrittweisen Erhöhung der Militärausgaben innerhalb der NATO zu.</p>	<p>Der Deutsche Bundestag beschließt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht. Im Vatikan kommt es zu einer Revolte. Papst Franziskus wird abgesetzt und seine Enzykliken als ungültig erklärt.</p>	<p>Syrien greift den Irak an. Aus Angst vor neuen Flüchtlingen aus Syrien und Irak wird das Schengen-Abkommen ausgesetzt und die Reisefreiheit in der EU aufgehoben.</p>	<p>Die Deutschen Rüstungsausgaben betragen 60 Mrd. Euro. Nach Terroranschlägen werden öffentliche Plätze videoüberwacht. Die Bundeswehr darf die Polizei bei Einsätzen unterstützen.</p>	<p>Die Türkei und Saudi Arabien greifen in den Krieg zwischen Syrien und dem Irak mit Waffen aus deutscher Produktion ein. Der Konflikt zwischen der NATO und Russland verschärft sich. Man spricht von einem neuen „Kalten Krieg“.</p>

Die EU und Russland vereinbaren ein Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen. Deutschland hat eine ausgeglichene Handelsbilanz und der Import von Produkten des fairen Handels steigt stetig.

Die EU investiert in Nordafrika in den Ausbau einer Infrastruktur zur Erzeugung, Nutzung und zum Export erneuerbarer Energien. In Afrika wird die Schaffung eines Mittelstands in Landwirtschaft und Handwerk unterstützt.

Die Bundeswehr wurde vollständig in Einheiten von Friedensfachkräften für ziviles Konfliktmanagement und Notfallhilfe umgestaltet. Die Bevölkerung wird in „resilienter Demokratie“ (gewaltfreie Verteidigung der Grundrechte) ausgebildet.

Deutschland beteiligt sich an UN-Friedensmissionen mit 100.000 Friedensfachkräften. Die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) gründet eine gesamteuropäische Polizei.

Deutschland erfüllt die 2015 beschlossenen Klimaziele. Deutschland nimmt nur noch ökologische Ressourcen entsprechend seines Bevölkerungsanteils in Anspruch.

Saudi Arabien greift den Iran an. Dabei kommen auch Waffen aus deutscher Produktion zum Einsatz. Der Bundestag beschließt eine Erhöhung des Wehretats.

Der weltweite Temperaturanstieg nähert sich der kritischen 2-Grad-Marke. In Afrika brechen erste Staaten wirtschaftlich zusammen. Es kommt zu politischen Unruhen und neuen Flüchtlingsgruppen.

Deutschland bekommt von der NATO die „nukleare Teilhabe“ bewilligt. Erstmals sind Atomwaffen unter deutschem Befehl. Die Bundeswehr wird „bei Gefahren“ auch im Innern bewaffnet einsetzbar.

Der Terrorgefahr erhöht sich weiter. Polizei und Militär sind dauerhaft auf öffentlichen Plätzen präsent. Deutschland beteiligt sich mit bewaffneten Drohnen an Militäreinsätzen der NATO.

Nach Dürre in Nordafrika kommen neue Gruppen von Flüchtlingen nach Europa. Aufgrund des Klimawandels sind 28 Staaten teilweise oder ganz unbewohnbar geworden (Dürre oder Überflutung).

In vielen EU-Ländern regieren rechts-konservative Regierungen mit Notstandsgesetzen und dem Ausnahmezustand. Der weltweite Temperaturanstieg beträgt mehr als 2 Grad. 12 Staaten sind schon ganz oder teilweise überflutet.

3 Mio. Menschen verhungern jährlich. Nach einem Anstieg der Klimaflüchtlinge stoppen Militäreinheiten Rettungsaktionen im Mittelmeer → 2 Mio. Menschen ertrinken jährlich.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden ausgeweitet. In Deutschland und andern EU-Ländern gründen sich immer mehr bewaffnete „Bürgerwehren“.

Der Bundeswehretat wird auf 90 Mrd. Euro aufgestockt, die Zuschüsse zu UN-Hilfsprogrammen entsprechend gekürzt. NATO und Russland drohen sich gegenseitig mit dem Ersteinsatz von Kernwaffen

Es kommt zu einer Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit. 7 Mio. Menschen verhungern jährlich. 28 Staaten sind unbewohnbar geworden, in vielen anderen herrscht Dürre. 32 Mio. Menschen suchen Zuflucht in der EU.